

Gesetzgebung hinsichtlich der Öffnung des Informationssektors nach Beitritt Chinas zur WTO

Prof. Dr. Li Liangdong

Notwendigkeit und Bedeutung der Öffnung des Informationssektors nach Beitritt zur WTO

Die Realisation der Öffnung des Informationssektors nach dem WTO Beitritt ist eine objektive Forderung an die chinesische Regierung. Sie ist von grosser Bedeutung vor dem Hintergrund der Achtung der WTO Regeln.

Informationen sind Nachrichten und Signale, die der Mensch braucht zum Leben und zur Entwicklung sowie, um sich miteinander zu verständigen. Will der Mensch in der heutigen Gesellschaft regulär am gesellschaftlichen Leben partizipieren, kommt er ohne Informationen nicht aus. Der Umfang und das Niveau der Informationsentwicklung in der modernen Gesellschaft ist, verglichen mit vorangehenden historischen Epochen, beispiellos. Die moderne Gesellschaft entwickelt sich zur Informationsgesellschaft. Einige Gelehrte sind der Ansicht, dass der Terminus Informationsgesellschaft zwei Ebenen tangiere: zum Einen, dass der Terminus Information in die Köpfe der Menschen eingekerbt wird und der Nutzen von Information als äusserst gross betrachtet wird, zum anderen wird unterstellt, dass die Produktion von Informationen und der Informationsdienstleistungssektor vollkommen sind.

Umfang und Niveau der informatorischen Entwicklung verkörpern sich in folgenden Aspekten: a) Die Menge an Informationen nimmt zu. Das fängt an bei den Menschen mit

ihren natürlichen Bedürfnissen (Essen, Kleidung, Wohnung, etc.) und zieht sich hin zu nationalen und internationalen Themen in Bereichen wie Politik, Wirtschaft, Kultur, etc. Die Menschen der Jetztzeit haben das Gefühl, sie leben im Zeitalter der Informationsexplosion. b) Die Geschwindigkeit der Informationsübertragung wächst dank Nachrichtensatelliten, Internet und anderer moderner Kommunikationssysteme. Um ein Beispiel zu nennen: dreissig Minuten nach dem Anschlag auf den World Trade Center in New York am 09.11.01 konnte die gesamte Welt am Fernseher Bilder vom Schauplatz sehen. c) Die An- und Verwendung von Informationen weitet sich aus. In der heutigen Zeit sind Informationen eng verbunden mit allen Aspekten des Lebens der Menschen. Die Aufnahme und Verwendung von Informationen ist zum Alltag der Menschen geworden. Daher verwundert es nicht, dass Experten der Ansicht sind, Wettbewerb in der modernen Gesellschaft ist zuvörderst Informationswettbewerb und Wettbewerb in Bezug auf den Faktor Humankapital.

Regierungsinformationen haben in einer Gesellschaft eine sehr wichtige Stellung und Funktion. Es gibt Gelehrte, die die Ansicht vertreten, dass sämtliche Regierungsinformationen von Regierungsstellen aus Amtspflicht heraus verantwortlich produziert, beschafft, verwendet und weitergeleitet werden. Regierungsinformationen sind eine wichtige Quelle eines Landes zur Erkenntnis über, Prüfung und Bewertung von

Regierungshandeln, um noch besser wirtschaftliche, politische, wissenschaftliche, militärische und kulturelle Aktivitäten durchführen zu können. In China kontrollieren die Regierungsstellen ca. 80% der gesellschaftlichen Informationsquellen.

Vor diesem Hintergrund wird klar, dass die Regierung in China der wichtigste Produzent, Konsument und Publizierer von Informationen ist. Auf dem Fundament der Gesellschaft produziert die Regierung für und dient der Gesellschaft. Eine wichtige Quelle stellen die Regierungsinformationen z.B. im Bereich Steuern dar. Solche Informationen sollten öffentlich / transparent sein. Neue Regelungen sollten sofort für die Gesellschaft zugänglich sein. Aber unter dem ursprünglichen System der Planwirtschaft in China meinte die Regierung, jegliche Information kontrollieren und alles von oben administrativ steuern zu müssen. Es herrschte Intransparenz und Informationsabschottung vor. Es gibt bis dato keine klare Gesetzgebung zu diesem Bereich. Viele Informationen werden nach wie vor als *Neibu* – Informationen, also nur für den internen Gebrauch bestimmt, behandelt. Es gibt Quellen, die aussagen, dass gegenwärtig nur 20% der Regierungsinformationsquellen öffentlich, also allen zugänglich, sind. Weil die Regierung Informationen, die sie veröffentlichen sollte, zurückhält, gibt es gewisse Unsicherheiten in Bezug auf bestimmte wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten.

Vor dem Hintergrund des WTO – Beitritts ist die Öffnung der Regierungsinformationen zu einer objektiven Notwendigkeit geworden. Jedermann weiss, dass nur Staaten der WTO beitreten. Die WTO ist eine globale, vielschichtige Handelsorganisation, die möglichst freien Handel

garantieren soll. Von ihren Funktionen her betrachtet, stellt die WTO Regeln und Prinzipien für den internationalen Handel auf. Wenn man der WTO beitrifft, muss man zuvörderst die „Spielregeln“ der WTO akzeptieren und sein „Handeln“ darauf abstellen.

Diese Verbindlichkeit oder Beschränkung bildet eine Art Mechanismus, der einerseits die Mitglieder dazu anhält, sich strikt an die Reglements zu halten, andererseits einen gerechten Schutz des internationalen Handels garantiert. Das beinhaltet Freihandel, gerechten Handel und die Schlichtung von Handelsstreitigkeiten. Anders formuliert, die WTO realisiert die Entfaltung internationalen Handels (oder versucht dies zumindest) über Zollsenkungen, Aufhebung von Handelsbarrieren und zunehmende Liberalisierung. Zu diesem Zweck hat die WTO Grundprinzipien und ein Regelkatalog aufgestellt. Ein wichtiges Prinzip darunter ist das Transparenzprinzip, was u.a. fordert, dass die Mitglieder ihre Handelspolitik und diesbezügliche rechtliche Bestimmungen transparent, d.h. öffentlich einsehbar machen. Voraussetzung dafür ist, dass die Regierungen ihre Informationen „öffnen“. Mit dem Beitritt zur WTO hat sich auch die chinesische Regierung dazu verpflichtet.

Die Bedeutung der Öffnung der Regierungsinformationen in China

Nach dem Beitritt in die WTO hat diese Öffnung eine ganz wichtige Bedeutung. **Erstens**, die sozialistische Marktwirtschaft wird dadurch vervollkommen. De facto bedeutet der WTO Beitritt den ersten Schritt von Chinas Marktwirtschaft in die Weltwirtschaft. Die wesentlichen

„Spielregeln“ des Weltmarktes sind im wesentlichen in den WTO Regeln verkörpert. Aus diesem Grunde ist die Adaption dieser Spielregeln förderlich für die gesunde Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft in China, für deren Systematisierung und Verrechtlichung. **Zweitens**, die Etablierung einer sozialistischen demokratischen Politik wird dadurch befördert. In modernen Demokratien hat die Bevölkerung ein Informations-, Partizipations- und Kontrollrecht in Bezug auf das politische Leben des Staates. Letztere beiden Rechte können nur unter Voraussetzung der Gegebenheit des Ersteren wahrgenommen werden. Gemäss unserer Verfassung ist das Endziel des Verwaltungshandelns der Regierung die Garantie und Realisierung des Rechts des Volkes, „Herr im Haus“ zu sein. Das Verwaltungshandeln muss demnach auf der Grundlage demokratischer Werte „rechters“ durchgeführt werden. Das heisst, die Regierung muss sämtliche Informationen, ausser in gewissen sensiblen Bereichen wie z.B. Sicherheit, „öffnen“. Die Bevölkerung, Rechtssubjekte und andere Gruppen haben die Freiheit, unter der Voraussetzung, dass die Interessen des Staates und anderer nicht verletzt werden, Informationen beliebig zu beschaffen. **Drittens**, die Reformen des politischen Systems werden dadurch befördert. Die Realisation der Öffnung des Informationssektors macht eine Änderung der Regierungsfunktionen erforderlich. Die Reformierung des Regierungssystems ist eine wesentliche Komponente der politischen Reformen in unserem Land. Man kann voraussagen, dass im Zuge der permanenten Vertiefung der Reformen des Regierungssystems der Sozialismus in China sich ständig weiterentwickeln und verbessern wird.

Die Öffnung der Regierungs- informationen und deren rechtliche Aspekte

Die Bereitstellung und Ver- öffentlichung von Regierungs- informationen und deren rechtliche Aspekte

Der erste Schritt der Veröffentlichung von Regierungsinformationen ist die Erlassung und Bereitstellung von Informationen durch die Regierung. „Erlassung“ meint, dass die Regierungstellen aus eigenem Antrieb Informationen veröffentlichen. Das beinhaltet u.a. den organisatorischen Aufbau von Regierungsorganen, Pflichten und Aufgaben, Arbeitsweisen, Arbeitsabläufe, diesbezügliche rechtliche Bestimmungen und Dokumente, Normen und Bedingungen für administrative Genehmigungen, etc. Diese Informationen müssen der Gesellschaft zugänglich gemacht werden und zwar in aktueller Form. „Bereitstellung“ heisst, dass die Regierungstellen nachfrageorientiert und im Rahmen rechtlicher Bestimmungen Informationen an die Gesellschaft liefert, wobei die bereitgestellten Informationen bereits erlassen sein können oder auch nicht. Aber, wer das Recht hat, legal Regierungsinformationen abzufragen, sollte auf Anfrage hin, derartige Informationen sofort bekommen können. Eine Regierung vom und für das Volk hat die Pflicht, Informationen zu erlassen und bereitzustellen. Die Veröffentlichung von Regierungsinformationen sollte zum allgemeinen Prinzip erhoben und die Nichtveröffentlichung zur Ausnahme werden. Es sollte rechtlich festgelegt sein, welche Informationen die Regierung zu veröffentlichen hat. Was veröffentlicht wird und was nicht, sollte gesetzlich geregelt sein,

gleichfalls die Pflichten der Regierung in Bezug auf die Veröffentlichung von Informationen. Ferner, welche Information kostenlos ist und welche nicht, etc.

Grad und Methode der Öffnung der Regierungsinformation hängen ab von der Art der Informationen. Rechtmässige Informationen zu Regierungsaktivitäten müssen im Prinzip bedingungslos zugänglich gemacht werden. Informationen, die von vitalem Interesse für die Bevölkerung sind, müssen gerecht, effizient und rationell zugänglich gemacht werden. Regierungsabteilungen mit besonderen Aufgaben sollten die Transparenz ihrer Informationen erhöhen, damit das Recht auf Information der Bevölkerung garantiert wird. Die Regierung sollte sich modernster kommunikations- und informationstechnischer Mittel zur Veröffentlichung ihrer Informationen bedienen wie z.B. das Internet. Für die Inhalte der veröffentlichten Informationen trägt die Regierung die volle Verantwortung.

Die Beschaffung von Regierungsinformationen und deren rechtliche Aspekte

Der zweite Schritt oder Faktor der Veröffentlichung von Regierungsinformationen ist die auf einschlägigen rechtlichen Regelungen basierende Festlegung der Rechte und des Umfangs der Informationsbeschaffung der Informationsnachfrager. In unserem Land ist der Benutzer von Regierungsinformationen in der Regel die Bevölkerung (inkl. Taiwan, Hongkong und Macao – Bewohner), juristische Personen und andere legale Organisationen. Ausländer, die in China arbeiten, haben gleichfalls

Zugang zu einem bestimmten Teil der Regierungsinformationen der chinesischen Regierung. Die chinesische Bevölkerung hat ein Recht auf Zugang zu Regierungsinformationen, und das unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Beruf, Religionszugehörigkeit, Gesundheitszustand, etc. Die Regierung kann je nach Fall den Zugang zu bestimmten Informationen verweigern. Aber auch das ist rechtlich / gesetzlich zu fixieren. Wenn die Regierung bestimmte Informationen verweigert, haben Bevölkerung, juristische Personen und andere Gruppen das Recht, von der Regierung die Durchführung von Konsultationen zu verlangen bis hin zum Klagerecht. Die Regierung ist aufgefordert, Regierungsinformationen möglichst einfach zugänglich zu machen, ohne grossen bürokratischen Aufwand. Es ist z.B. vorstellbar, das Regierungstellen oberhalb der Kreisebene öffentliche Bibliotheken oder Informationsabrufzentren installieren.

Damit das freie Informationsbeschaffungsrecht der Bevölkerung garantiert wird, muss folgendes in rechtlichen Bestimmungen fixiert werden: a) die freie Informationsbeschaffung zielt ab auf die breite Gesellschaft und nicht nur bestimmte privilegierte Gruppen, b) jeder hat das Recht, auf Basis der Gesetze Informationen zu benutzen, c) geöffnete Informationen sollten auf verschiedenste Weise zugänglich gemacht werden (u.a. audiovisual, als Download, zum Kopieren, etc.).

Die Geheimhaltung von Regierungs- informationen aus Sicherheits- gründen und deren rechtliche Aspekte

Der dritte Faktor der Öffnung von Regierungsinformationen ist die Garantie des Schutzes von Geheiminformationen der Regierung, v.a. hinsichtlich der Sicherheit des Staates. Viele Informationen aus allen möglichen Bereichen, z.B. betreffend bestimmte Politikfelder, aber auch die Situation von Privatpersonen kann hier betroffen sein, könnten zum schweren Schaden von Staat, Gesellschaft und Einzelbürgern führen, wenn sie der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Deshalb hat die Regierung das Recht, bestimmte sensible Informationsbereiche zu kontrollieren. Es lassen sich hauptsächlich die folgenden Bereiche als sensible identifizieren: Verteidigung, Staatssicherheit, Geheiminformationen in Bezug auf gesellschaftliche Stabilität, Berufsgeheimnisse, Firmengeheimnisse, etc. Allerdings müssen auch hier klare gesetzliche Regelungen existent sein. Es muss klar sein, welche Informationen Regierungsstellen frei zugänglich machen müssen und was geheimgehalten werden muss. Andernfalls könnte das freie Informationsrecht der Bevölkerung Schaden nehmen. Auch das ist ein Prozess und somit der laufenden Änderung unterworfen. Was heute an Information aus bestimmten Gründen der Geheimhaltung bedarf, könnte morgen, da möglicherweise eine veränderte Situation vorliegt, freigegeben werden.

Resümee

Die Öffnung der Regierungsinformationen ist bereits ein wesentliches

Merkmal einer jeden Regierung in der heutigen Welt geworden. Durch die Verrechtlichung der Informationsöffnung der Regierung kann man nicht nur effizient und wissenschaftlich Regierungsinformationsquellen benutzen, sondern sie dient auch der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes und erhöht dessen internationale Stellung. Wir sollten dabei von der Situation in unserem Land ausgehen, uns Erfahrungen entwickelter Länder zunutze machen, weiter in diesem Bereich forschen, um zu garantieren, dass Bevölkerung, Rechtssubjekte und andere Gruppen ihr Recht auf Informationsbeschaffung wahrnehmen können, die Interessen von Staat und Bevölkerung nicht verletzt werden, eine Verständigungsbrücke zwischen Regierung und Bevölkerung gebaut wird, die Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft in unserem Land gefördert und den Bedingungen der WTO entsprochen wird.

(übersetzt von Stefan Schattauer)